

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler-

0

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gefaltene Zeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 19 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 106 .: Telephon: Amt Morikplatz, 2120

Berlin, den 11. Mai 1917

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Dunkle Pläne des Ver-  
bandes deutscher Lederwarenfabrikanten. — Wie regeln wir  
die Löhne für die Lederwarenbranche? — Die Mindestlöhne  
in den Militär-Lederausstattungsbetrieben ab 1. Juni  
1917. — Explosionen. (Schluß.) — Aus Industrie und  
Handel. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bekannt-  
machung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. —  
Sierbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 13. bis 19. Mai  
1917 ist der 20. Wochenbeitrag fällig. Nur  
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche  
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert  
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-  
stützung aus Verbandsmitteln.

## Dunkle Pläne des Verbandes deutscher Lederwarenfabrikanten.

Nur noch wenige Wochen trennen uns von  
dem Ablaufstermin der Tarifverträge für das  
Berliner und Stuttgarter Portefeuille- und  
Reiseartikelgewerbe, so daß es an der Zeit  
erscheint, die in den Verträgen vorge-  
sehene Bestimmung in Erinnerung zu bringen,  
wonach die Parteien verpflichtet sind, einen  
neuen Vertrag vorzubereiten. Nach welchen  
Grundsätzen dies geschehen soll, haben wir be-  
reits an dieser Stelle (Nr. 15 der „S.- und P.-  
Ztg.“) angebeutet. Wir fühlten uns verpflichtet,  
damit an die Öffentlichkeit zu gehen, weil ge-  
legentlich der letzten Bewegung zur Erzielung  
einer Teuerungszulage es zu Unstimmigkeiten  
im Fabrikantenlager gekommen ist, deren Folgen  
auch das Weiterbestehen des Zentraltarifs in  
Frage stellt. Fast hat es den Anschein, als  
ob die Vereinigung deutscher Lederwarenfabri-  
kanten an einem einheitlichen Tarif kein Inter-  
esse mehr hat und es jeder örtlichen Vereinigung  
überlassen will, ob und wie sie ein Vertrags-  
verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeit-  
nehmern gestalten will. Diese unsere Annahme  
hat viel Wahrscheinlichkeit für sich, zeugt aber  
nicht vom Willen einer gemeinschaftlichen  
Interessenvertretung, wie sie ein Wiederauf-  
blühen der Lederwarenindustrie dringend bedarf.

Wir glauben die Gründe zu kennen, warum  
nach einem zwölfjährigen Tarifverhältnis, das  
sich nach Meinung der Unternehmer glänzend  
bewährt hat (siehe Berichte der Berliner und  
vor allen Dingen der Offenbacher Handels-  
kammer), jetzt dieser Meinungsunschwung sich  
vollzogen hat, wollen aber vorerst noch die Ent-  
wickelung der Dinge abwarten. Für heute be-  
gnügen wir uns mit der Feststellung, daß dies  
Verhalten den Beschlüssen der Unternehmer bei  
früheren Tarifbewegungen widerspricht, wonach  
noch im Jahre 1911 etwa 6000 Arbeiter und  
Arbeiterinnen in Berlin, Freiberg, Offenbach  
und Stuttgart ausgesperrt werden sollten, wenn  
beispielsweise es in Freiberg mit zirka 30 Ar-  
beitern nicht zum Tarifabschluß kommt; ebenso  
wie der Beschluß ihrer Ausschussung vom  
4. Januar 1917 bezüglich der Teuerungszulage  
von der Offenbacher Fabrikantenvereinigung  
durchbrochen worden ist.

Unter Eingeweihten wird kolportiert, daß  
das Verhalten des Verbandes deutscher Leder-  
warenfabrikanten ein taktisches Manöver sein  
soll, einesteils um zu erproben, ob die Arbeiter  
stark genug sind, auch nur an einem Orte ihre  
Forderungen durchzudrücken, andernteils ihre  
Vereinigungen auszubauen, um in absehbarer  
Zeit die weitergehenden sozialpolitischen Forde-  
rungen der Arbeiter abzuwehren. Was daran  
richtig ist, können wir zurzeit nicht feststellen.  
Nur das wissen wir bestimmt, daß die Akteure  
sich irren, wenn sie glauben, die Arbeiterchaft  
ins Bodshorn jagen zu können.

Wenn wir auch Freunde eines Zentral- oder  
besser noch eines Reichstarifs sind, so scheuen  
wir doch nicht den Boden, auf dem die Herren  
Fabrikanten von irgendwo den Kampf um die  
Wasserstellung der Portefeuille- und Reise-  
artikelarbeiter ausgefochten haben möchten.  
Es ist nicht unseres Amtes, die Unternehmer zu  
warnen und zu belehren, was ihre Pflicht den  
Arbeitern gegenüber ist. Diese fühlen sich  
innerhalb unseres Verbandes stark genug, den  
Herren die Neuorientierung aufzuzwingen, die  
ihnen im Interesse der gesamten Lederwaren-  
industrie und der Arbeiterchaft gelegen erscheint.

## Wie regeln wir die Löhne für die Lederwarenbranche?

Die diesjährige Tarifbewegung in der Leder-  
warenbranche soll die größte Aufgabe aller Tarif-  
bewegungen lösen. Sie soll Fürsorge treffen für den  
Wiederaufbau der Industrie, damit der Portefeuille-  
der Täschner, der Koffermacher wie der Galanterie-  
artikelhersteller die Kosten des Ueberganges von der  
Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu tragen  
braucht. Sie soll vor allem dafür sorgen, daß unsere  
Kollegen, die jetzt noch im Schützengraben liegen, auch  
annehmbare Arbeitsbedingungen vorfinden, wenn sie  
wieder heimkehren. Zugleich aber steht sie  
vor Problemen so schwieriger Natur, wie sie  
noch niemals für sie zu lösen  
waren. Und gerade das schwierigste  
Problem ist zugleich das wichtigste. Wie  
hoch sollen im neuen Tarif die Löhne  
sein, damit sie uns eine annehmbare  
Lebenshaltung sichern und nicht zu  
Süngerlöhnen werden?

In der Theorie freilich wissen wir genau, wie  
hoch sie sein sollen, nämlich so hoch, daß sie die  
notwendigen Bedürfnisse des Arbeiters decken und dieser  
nicht Mangel zu leiden braucht. Der Wochenlohn,  
den mir der Unternehmer am Lohnzahlungstage auf  
den Tisch aufzählt oder in die Lohntüte gelegt hat,  
muß reichen, um das einzukaufen, was zu des Leibes  
Nahrung und Notdurft und für die Erhaltung meiner  
Familie gebraucht wird. Das ist unbestritten. Aber  
da fängt auch zugleich die Schwierigkeit an. Wieviel  
werden wir denn in Zukunft brauchen? Und wenn  
es in den verflochtenen Friedenszeiten  
schon schwierig war, vorauszurech-  
nen, wie sich die Preise der Lebens-  
mittel in einem, in zwei und mehr Jah-  
ren gestalten würden, jetzt ist es eine  
reine Unmöglichkeit geworden.

Wie leicht ist es da, daß wir uns auf Minimal-  
sätze festlegen, die nachher nicht gestatten, eine einiger-  
maßen befriedigende Lebenshaltung zu gestalten!

Wie unendlich schwer, ja unmöglich wird es, den rich-  
tigen Lohnsatz zu finden. Geben doch die Verhält-  
nisse auf dem Lebensmittelmarkt selbst ihren besten  
Kennern schier unlösbare Rätsel auf. Was wird das  
Fleisch nach dem Kriege kosten? Was wird man für  
das Brot, für die Backware bezahlen müssen? Wie  
hoch werden die Wohnungsmieten gesteigert werden?  
Und wieviel wird der Arbeiter dann brauchen, um  
das alles zu bezahlen, wenn er nur so leben will,  
wie er vor dem Kriege gewöhnt war zu leben?

Unter diesen Umständen muß man  
sich doch fragen: Können wir noch den  
alten Weg gehen, den wir bisher ge-  
gangen sind, um unsere tariflichen  
Löhne festzustellen? Oder gibt es nicht  
noch bessere Wege, die zu einem befrie-  
digenden Resultat führen? Das müßten  
Methoden sein, die darauf verzichten, wie bisher den  
Geldlohn festzusetzen und uns dafür einen anderen  
Maßstab bieten. Denn wenn wir bisher verlangten,  
daß die Unternehmer uns die Löhne um 5 Proz. oder  
10 Proz. erhöhen sollten und dies mit der entsprechen-  
den Steigerung der Lebensmittelpreise begründen  
konnten, wer weiß denn heute, wie hoch die Lebens-  
mittel in einem halben Jahre stehen?

Aber wie kann man die Löhne an-  
ders bestimmen als durch den Geld-  
lohn? Gibt es noch eine andere Mög-  
lichkeit, zu bestimmen, was der Arbeit-  
er als Entschädigung für seine Ar-  
beitsleistung bekommen soll? Gewiß,  
nämlich wenn der Arbeitgeber ihm nicht  
den baren Geldlohn gibt, sondern ihm  
das entschädigt, was er an Brot und  
Fleisch, an Wohnung und Kleidung, an  
Licht und Heizung und was er sonst noch  
braucht, ausgeben muß. Das erscheint zu-  
nächst sehr wunderbar. Aber sagt dasselbe nicht un-  
sere Theorie vom Lohne, die wir aufgestellte Arbeiter  
als maßgebend anerkennen? Was ist denn unser  
Barlohn weiter als eine Entschädigung für die Aus-  
gaben, die wir machen, um uns zu erhalten? Und  
wann ist dieser Barlohn oder Nominallohn befriedi-  
gend? Dann, wenn wir mit ihm den Bedarf decken,  
die Lebensmittel und Genussmittel einkaufen können,  
die wir brauchen, um ein menschenwürdiges Dasein  
führen zu können! Und umgekehrt, wann sprechen  
wir von unzureichenden Löhnen? Stets und ständig  
dann, wenn wir uns einschränken müssen, sei es im  
Essen und Trinken, sei es in Wohnung und Kleidung,  
und nicht das ausgeben können, was der Arbeiter im  
allgemeinen dafür ausgibt! Nur sind wir gewöhnt,  
das alles in Mark und Pfennig zu bekommen. Wir  
verlangen einfach den Lohnsatz, der uns angemessen  
erscheint und fragen meistens wenig danach, warum  
wir uns gerade auf diesen Satz festlegen. Aber  
eben so gut, wie es heute möglich ist, daß  
man entlohnt wird, ohne daß man einen  
Pfennig bekommt, einfach durch Ge-  
währung von Kost und Logis, muß es  
auch möglich sein, Lohnsätze festzu-  
setzen, ohne eine Lohnsumme anzu-  
geben und sich darauf festzulegen.

Wie könnte das nun gemacht werden?  
Ein anschauliches Beispiel schildert uns ein Ar-  
tikel im „Correspondenzblatt der Generalkommission“  
vom 3. Februar 1917: „Zur Arbeitslohnfürsorge im  
Königreich Sachsen“ von A. L. Zwar handelt es sich  
hier nicht um Festlegung von Tariflöhnen, sondern  
von Unterstützungen, aber der Zweck war der gleiche.  
Es sollte soviel gewährt werden, daß ein genügender  
Unterhalt gesichert wurde und der Unterstützte keinen  
Schaden erleiden sollte, wenn die Lebensmittelpreise

in die Höhe schnellen würden. In diesem Falle ließ der sächsische Minister Graf Wiktor von Ed- städt eine sogenannte Bedarfstafel aufstellen und hineinschreiben, was ein Arbeitsloser unbedingt zum Leben braucht, so und soviel Gramm Brot, Mehl, Fleisch, Kartoffeln, Milch bis zur Marmelade und zu den Räucherwaren. Und um auch das zu fassen, was sonst noch gebraucht wurde, rechnete er 8 1/2 Proz. Gesamtsumme für Miete und 25 Proz. für sonstige Ausgaben hinzu. Er wandte also unsere Lohn- theorie konsequent auf die Unterstützungsfälle an, daß der Arbeiter, der sogenannte Nominallohn, stets genau so hoch sein soll wie der Reallohn, also wie die Kaufkraft des Geldes. Nur daß er alles auf das Allerknappste berechnet, wie es eben durch die Rationie- rung der wichtigsten Lebensmittel bedingt ist, 1750 Gramm Brot, 450 Gramm Mehl, 125 Gramm Fleisch usw. Einen ähnlichen Gedanken las ich in einem Artikel, den die „Vossische Zeitung“ vom 23. März aus der Feder von Julius Elbau über „Bevölkerungspolitik und Steuerfragen“ brachte. Dort schlug er vor, das Existenzminimum der einzelnen Bevölkerungsschichten festzustellen, in diesem Falle aber, um es vor steuerlicher Belastung sicherzustellen. Kurz, in beiden Fällen der Versuch, sich nicht an bestimmte Lohnsummen zu binden, sondern sich nach dem Bedarf zu richten und ihn genau festzustellen.

Das alles zeigt uns den Weg, den wir zu gehen haben. So wieder der sächsische Minister mit seiner Bedarfstafel, müssen wir auch für unsere Kollegen feststellen, was diese im allgemeinen zum Lebens- unterhalt gebrauchen, und zwar von den Nahrungsmitteln bis zu den Aus- gaben für Bücher. Einen ungefähren Anhalt würden hier nach meiner Ansicht nicht die Rationie- rungen der Kriegszeit, sondern die Haushaltsrech- nungen bieten, die vom Reich, von den verschiedenen Kommunen, sowie von Privaten gemacht worden sind. Das gewonnene Resultat zur An- erkennung durch den Tarifvertrag zu bringen, das wäre jetzt unsere Aufgabe. Dadurch aber kämen wir um die Un- möglichkeit herum, genaue Geldlöhne festzusetzen. Das zu bestimmen, könnte dann der neue Tarif in aller Ruhe den dafür eingesetzten Instanzen überlassen, sowie jetzt einer anderen Branche unserer Organisation, den Militärsattlern, neue Affordpositionen, die nicht im Reichstafel vor- kommen, auch der höchsten Instanz zur Entscheidung vorgelegt werden müssen, nämlich der Tarifkommission. Freilich dürften dann diese Geldlöhne nur für bestimmte kürzere Zeitspan- nen, wie für die Zeit eines Jahres, fest- gelegt werden und nicht für die Dauer des Tarifes. Dann liegen die amtlichen Sta- tistiken vor und man kann viel sicherer berechnen, wie die Verhältnisse sich entwickeln. Und wenn auch hier Irrtümer nicht ausgeschlossen sind, so blind im Dunkeln tappen wie jetzt können wir dann doch nicht mehr. Wir wären damit an einer gefährlichen Klippe für die Hebung und Förderung unserer Arbeitsver- hältnisse glücklich vorbeigekommen.

Nun werden freilich gegen diese Regelung eine ganze Reihe von Einwendungen erhoben werden. Nicht der geringste ist der, daß dadurch der Arbeiter dauernd rationiert wird, genau so, wie ihm jetzt durch die Brotkarte nur ein bestimmtes Quantum Brot, durch die Fleisch- und die Butterkarte nur ein bestimmtes Quantum Fleisch und Butter zugewiesen wird. Wo bleibt der Kollege, der mehr Fleisch isst, als im allgemeinen nach un- serer gedachten Regelung der Arbeiterhaushalt an Fleisch gebraucht? Oder wird nicht derjenige ge- schädigt, der eine bessere Wohnung braucht, als sie im Durchschnitt unsere Kollegen bewohnen? Gewiß, unsere Berechnungen können nicht jedem Rechnung tragen; allen Bedürfnissen können sie nicht ent- sprechen, ebenso wenig wie die Statistik das einzelne als Regel annimmt. Dabei dürfen wir aber eins nicht übersehen, daß wir nämlich Minimalfälle vor uns haben. Wir alle wissen, daß unsere bisherigen Tarife Minimallöhne vorzuziehen und nicht Maximallöhne. Und wenn wir dreist heute gezwungen sind, eine andere Art einzu- führen, wie man die Löhne berechnet, so wollen wir doch damit nicht von dem Grundsatz abgehen, daß es sich um Mindestlöhne handelt. Diese Sätze sollen für den Kollegen nicht das sein, was für den Sol- daten der Sold ist. Denn dann wären alle über einen Kamm geschoren. Und wie beim Militär jeder seinen gleichen Sold empfängt, ob er ein guter Soldat ist oder ein schlechter, so würde auch der Geschickte, der Flinkste mit dem Durchschnittsarbeiter im Lohn auf eine Stufe gestellt. Aber das kann nicht der Effekt dieser ganzen vorgeschlagenen Regelung sein. Nein, im Gegenteil! So wie der gewandte Affordarbeiter bei den festgesetzten Affordfähigen besser zurechtkommt wie der langsamere oder gar der Neuling, so muß auch der geschicktere und leistungsfähigere Arbeiter mehr Lohn haben als ein anderer, dem die Arbeit

nicht so von den Fingern geht. Geht doch sonst für den ersteren der Ansporn verloren, daß er durch seine größere Anspannung sich auch einen größeren Anteil an den Genüssen des Lebens erwerben kann. Wenn also jemals ein Einwand nicht den Nagel auf den Kopf trifft, so ist es der, daß dadurch alles in eine Schablone gebracht würde. Andererseits aber hat die Regelung, die ich vorschlage, auch ihre Vorteile. Nicht der geringste wird der sein, daß sie dem Arbeit- geber die Steigerung der Lebensmittelpreise viel fühl- barer macht und ihn zwingt, energischer dagegen Stel- lung zu nehmen und die Bestrebungen zu unter- stützen, die sich vor allem gegen die Schutzallpolitik und die jetzige Agrarpolitik wenden. Bis jetzt spürte er die Feuerung nur an seinen Haushaltsunkosten. Seine Ausgaben an Löhnen dagegen wurden unbe- deutend berührt, ebenso wenig wie seine Steuern. Denn diese Löhne waren ja doch gleich am Anfang des Tarifes für die Gesamtdauer des Tarifes fest- gelegt. Und selbst wenn er schon dem geschickten Ar- beiter Konzessionen machen mußte, so doch nicht in dem Maße, als wie jetzt. Denn nach meinem Vor- schlag muß bei großen Preissteigerungen wichtiger Lebensmittel auch die Lohnsumme steigen. Ist doch gleich beim Abschluß des Tarifes ausgemacht wor- den, daß das bestimmte Quantum des Nährmittels unbedingt mit zur notwendigen Ernährung gehört und daß der Arbeiter es nicht entbehren soll, selbst wenn es im Preise steigt. Was ist für den Arbeit- geber die Folge? Daß durch die Preissteigerung nicht nur sein Haushalt, sondern auch seine Geschäfts- unkosten belastet werden. Er wird also doppelt ge- troffen, merkt also die Folgen des Lebensmittel- wuchers viel drastischer am eigenen Körper und wird dadurch viel mehr gedrängt, dagegen Stellung zu nehmen.

So stellt sich also mein Vorschlag dar als etwas, was große Vorteile bieten kann. Vor allen Dingen vermeidet er, sich auf bestimmte Geldsätze festzulegen und erlaubt zugleich, sich allen Veränderungen auf dem Lebensmittelmarkt und in der Preisgestaltung der übrigen Gebrauchsgüter anzupassen. Denn er sichert dem Arbeiter den Lebensunterhalt auf alle Fälle.

Damit aber räumt er die Schwierigkeiten hin- weg, die jetzt die Tarifbewegung bietet und hilft uns die große Aufgabe lösen, beim Uebergang von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft uns un- sere gewohnte Lebenshaltung wenn nicht zu ver- bessern, so doch zu sichern. Er bietet deshalb die beste Lösung der Frage: Wie regeln wir in Zukunft die Löhne für die Lederwarenbranche?

Ernst Replin.

### Die Mindeststundenlöhne in den Militär-Lederausrüstungsbetrieben ab 1. Juni 1917.

Auf Grund der Entscheidung der Zentraltarif- kommission für das Lederausrüstungsgewerbe vom 17. April 1917, Nachtrag 11 des Reichstarifes für die Lederausrüstungsindustrie Deutschlands, betragen die Mindeststundenlöhne ab 1. Juni 1917 der

#### Ortsklasse I

in Groß-Berlin, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg-Altona, Kiel, München, Straßburg, Stutt- gart, Wiesbaden, Harburg, Wandsbeck und Wilhelmsh- burg für

	Grundlohn	Und 20 Proz. Ortszuschlag	Zusätzlich Kriegszuschlag	Zusammen
	ℳf.	ℳf.	%	ℳf.
Gelernte Sattler*) über 20 Jahre unter 20	56	67,20	30	87,36
Hilfsarbeiter über 20 Jahre " unter 20	44	52,80	15	60,72
Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre Lederstepperinnen	26	31,20	15	35,88
Sonstige Maschinennäherinnen	29	34,80	15	40,—
Handnäherinnen (Nadel und Nhl)	37	44,40	15	51,06

#### Ortsklasse II

in Aachen, Barmen, Bielefeld, Braunschweig, Bre- men, Breslau, Cassel, Danzig, Dortmund, Dresden, Duisburg, Elberfeld, Erfurt, Essen, Freiburg i. B., Fürth, Hagen i. W., Halle, Hanau, Hannover, Karlsruhe, Kehl, Königsberg i. Pr., Krefeld, Leipzig, Ludwigsburg, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Mühl- heim-Nuhr, Nürnberg, Offenbach u. Umgegend, Pots- dam, Remscheid, Solingen, Wald, Stettin, Zuffen- hausen.

	Grundlohn	Und 15 Proz. Ortszuschlag	Zusätzlich Kriegszuschlag	Zusammen
	ℳf.	ℳf.	%	ℳf.
Gelernte Sattler*) über 20 Jahre unter 20	56	64,70	30	83,72
Hilfsarbeiter über 20 Jahre " unter 20	44	50,60	15	58,19
Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre Lederstepperinnen	36	41,40	15	47,61
Sonstige Maschinennäherinnen	26	29,90	15	34,39
Handnäherinnen (Nadel und Nhl)	29	33,85	15	38,35
	37	42,55	15	48,93

#### Ortsklasse III

in Ahrweiler, Ansbach, Bauen, Bamberg, Biberach a. N., Branenburg a. S., Chemnitz, Darmstadt, Dessau, Eisenach, Eisleben, Erlangen, Eßlingen, Forth, Frank- furt a. O., Freiberg i. S., Göttingen, Görlitz, Grimma, Hameln, Hamm, Heilbronn, Herbede, Hil- den, Hildesheim, Kaiserslautern, Koblenz, Konstanz, Koburg, Liegnitz, Marbach a. N., Münster i. W., Oldenburg, Osnabrück, Penig, Pirmasens, Posen, Rehna, Reutlingen, Rostock, Straßburg, Ulm, Ueter- sen Bierzen, Waldbroel, Weimar, Zeitz.

	Grundlohn	Und 10 Proz. Ortszuschlag	Zusätzlich Kriegszuschlag	Zusammen
	ℳf.	ℳf.	%	ℳf.
Gelernte Sattler*) über 20 Jahre unter 20	56	61,80	30	80,08
Hilfsarbeiter über 20 Jahre " unter 20	44	48,40	15	55,64
Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre Lederstepperinnen	38	39,60	15	45,54
Sonstige Maschinennäherinnen	34	37,40	15	43,—
Handnäherinnen (Nadel und Nhl)	29	31,90	15	36,69
	37	40,70	15	46,81

#### Ortsklasse IV

in Brieg, Ermsleben, Elze, Fürstenwalde-Neufchen- dorf, Glogau, Lengfeld i. S., Roisdorf, Rothenburg o. T., Zug b. Freiberg i. S.

	Grundlohn	Und 5 Proz. Ortszuschlag	Zusätzlich Kriegszuschlag	Zusammen
	ℳf.	ℳf.	%	ℳf.
Gelernte Sattler*) über 20 Jahre unter 20	56	58,80	30	76,44
Hilfsarbeiter über 20 Jahre " unter 20	44	46,20	15	53,13
Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre Lederstepperinnen	36	37,80	15	43,47
Sonstige Maschinennäherinnen	26	27,90	15	31,40
Handnäherinnen (Nadel und Nhl)	29	30,45	15	35,—
	37	38,85	15	44,67

#### Ortsklasse V

alle übrigen Orte ohne Ortszuschlag.

	Grundlohn	Zusätzlich Kriegszuschlag	Zusammen
	ℳf.	%	ℳf.
Gelernte Sattler*) über 20 Jahre unter 20	56	30	72,80
Hilfsarbeiter über 20 Jahre " unter 20	44	15	50,60
Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre Lederstepperinnen	36	15	41,40
Sonstige Maschinennäherinnen	26	15	29,90
Handnäherinnen (Nadel und Nhl)	29	15	33,35
	37	15	42,55

Zu diesem (fettgedruckten) Mindestlöhnen Kom- men noch die laut Nachtrag 9 des Reichstarifes am 4. Dezember 1916 beschlossene Steuerzuschulage. Diese beträgt für Ledige 10 Proz., für Haushaltungs-

\*) Auf Grund des Nachtrages 2 Absatz 2 des Reichstarifes vom 20. April 1915 sind gelernten Sattlern im Lohn gleichzustellen: Portefeuller, Tape- zierer, Schuhmacher und Buchbinder.



sprochen. Um die Sache generell und für alle Betriebe gleichmäßig zu regeln, stimmt die Versammlung einem Antrage zu, der die Branchenleitung auffordert, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit die bestehende Feuerungszulage um 20 Proz. erhöht wird.

**Breslau.** (3. 5.) Unsere Versammlung am 28. April war wieder einmal recht gut besucht. Die Konjunktur in der Militärbranche geht auch hier wieder gut. In den Betrieben arbeiten größtenteils junge Kollegen und Frauen. Dadurch, daß die alten Kollegen fast schon alle eingezogen sind sowie durch die längere Arbeitszeit, die jetzt wieder eingeführt wurde, hatten wir die Fühlung mit manchen Betrieben fast ganz verloren. Die Verbandsverhältnisse waren auf einem ziemlich toten Punkt angelangt. Der Zentralvorstand hat uns daher in löblicher Weise unterstützt, indem Kollege Nibel schon ein Paar mal längere Zeit hier war, so auch in der letzten Woche. Und es muß durchaus anerkannt werden, daß er gute Arbeit geleistet hat. Es ist ihm gelungen, der Kollegenschaft zu ihrem Rechte zu verhelfen, wo dies noch nicht der Fall war. Als Gegenleistung konnten eine Anzahl Aufnahmen gemacht werden, daher auch der gute Versammlungsbesuch. Kollege Nibel, der noch anwesend war, hielt einen den jetzigen hiesigen Verhältnissen entsprechenden Vortrag, der besonders von den neu eingetretenen Kollegen und Kolleginnen beherzigt werden möchte. Ganz besonders war seine Mahnung am Platze, daß die Kollegenschaft nicht gleich wieder nach der ersten Gelegenheit, die ihnen Verdruß macht, die Beitragszahlung einstellt. Die Disziplinlosigkeit bewegen sich in demselben Sinne. Auch wurden betr. der Ortsverwaltung einige Beschlüsse gefaßt und die Wahl einer Agitationskommission vorgenommen. Auf Eruchen erklärte Kollege Nibel noch die wichtigsten Bestimmungen für die Wahl der Arbeiterausschüsse des Hilfsdienstgesetzes.

Die letzten Vorgänge bei uns zeigen wieder mit aller Deutlichkeit, wie unbedingt notwendig es für die Kollegenschaft einer großen Stadt ist, eine tüchtige und vor allen Dingen unabhängige Person an Orte zu haben, die über das nötige Talent und die nötige Zeit verfügt. Jeder Kollege hat nun einmal nicht das Talent und die Autorität, um mit den heutigen Unternehmern für die Kollegen vorteilhafte Verhandlungen zu führen.

**Rundschau.**

Eine zeitgemäße Aufgabe. Im Siedlungs- und Wohnungswesen unseres Volkes stehen große Umwälzungen bevor. Die Bevölkerung sowohl wie die maßgebenden behördlichen Stellen sind sich darüber einig, daß, um die Volkskraft nach den ungeheuren Verlusten des Krieges wieder entsprechend zu stärken und um den dringenden bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, eine umfassende innere Kolonisation getrieben und für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung der Übergang zu einer viel weiträumigeren, viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und der Natur bietenden Siedlungsweise gefunden werden muß. Zu den Reformmaßnahmen, die für eine Bewirklichung dieser Gedanken notwendig sind gehört aber auch eine Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens. Gerade die neuesten Erfahrungen, die man in verschiedenen Teilen Deutschlands, z. B. bei der hannoverschen Moorkolonisation, in Bayern und bei der Kriegerheimstättenbewegung gemacht hat, lassen diese Reform als durchaus dringend erscheinen. Das Enteignungsrecht ist an und für sich einzelstaatliches Recht, aber es enthält doch auch viele privatrechtliche Elemente, und das Privatrecht ist bekanntlich Sache des Reiches. Außerdem hat das Reich auch schon wiederholt durch Sondergesetze in das Enteignungsrecht eingegriffen, z. B. durch das Neblausgesetz, das Reichsraponggesetz und das Gesetz zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Da nun die Reform des Enteignungsrechts und des Enteignungsverfahrens durch die Einzelstaaten in den letzten Jahrzehnten nur sehr wenig vorgeückt ist, so würde es sich sehr empfehlen, daß der Reichstag sich baldmöglichst einmal gründlich dieser Sache annähme und einen größeren Fortschritt auf diesem Gebiete auf reichsrechtlicher Grundlage mit Nachdruck anstreibe.

Der Sprachenparagraph beseitigt. Der Bundesrat ist am 19. April ein Beschluß des Reichstages, den § 12 des Reichsvereinsgesetzes aufzuheben, beigetreten. So meldet die Presse. Es handelt sich um den schon bei Schaffung des Gesetzes hart umstrittenen, seitdem von der Arbeiterchaft hart bekämpften sogenannten Sprachenparagraphen. Dieser Paragraph bestimmt, daß die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen in deutscher Sprache zu

führen sind. Auch dann, wenn die Besucher Ausländer sind und die deutsche Sprache nicht verstehen. Nur in Landesteilen, in denen 60 vom Hundert der Bevölkerung fremdsprachig waren, durfte in nichtdeutscher Sprache verhandelt werden. Allerdings auch nur, wenn die Versammlung drei Tage vor dem Stattfinden angemeldet wurde. In anderen Landesteilen konnte nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörden in Versammlungen in nichtdeutscher Sprache verhandelt werden.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Paragraph die Verarbeitung der Gewerkschaften stark einengte. Vor allem da, wo eine eifrige Polizei alle Zusammenkünfte der Gewerkschaften mit ausländischen Arbeitern zu öffentlichen Versammlungen stempelte und damit jeden Versuch unterband, die Fremden in ihrer Muttersprache über Wesen und Ziele der Gewerkschaften zu unterrichten. Jetzt ist diese Fessel, als ein Abschlag auf die angefangene Neuorientierung der inneren Politik, gefallen.

So muß es kommen! Es geht den Großstädten noch viel zu gut, meint ein empörter Wiederemann N. P. vom Lande, der an die „Schles. Volksztg.“ eine Zuschrift (Poststempel Reichenbach) richtet. Er hat etwas gelesen von der Förderung deutscher Theaterkultur, ist außer sich über solche „Verruchtheit“ und zetert: „Ich las Ihre Annonce, wonach Sie Beiträge zur Förderung der Theaterkultur suchen, und muß mich wundern, daß es jetzt noch solche verruchte Leute gibt, die noch zu derlei Getümpel Zeit und Lust haben. Es ist dies höchstens für Kinder und Narren. Unsere Landfrauen sind froh, wenn es Abend ist und sie vor Müdigkeit einschlafen können, anstatt ins Theater zu gehen, und es müßten solchen faulen Theatergesindel weder Brot- noch Fleischkarten gegeben werden, sondern sie müßten sich das Futter auf unserm Dünger wie die Krähen fuchen. Von mir kommt jetzt, wo ich diesen Blödsinn las, nichts mehr in die Großstadt, eher kriegen die Hunde das übrige Fleisch und die Butter, als ein Theaterpieler oder -besucher in der Großstadt.“ — Der Entschluß, die Verringerung der verruchten Großstädter gleich selbst in die Hand zu nehmen und sie mit der Strafe des Futterpödenis auf dem Dungehaufen zu belegen, ist offenbar von jenem „hohen, sittlichen Ernst“, der, glaubt man gewissen agrarischen Organen, nur noch außerhalb der Großstadtmauern geblüht.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

In Erfurt beträgt ab 7. Mai d. J. der wöchentliche Beitrag für weibliche Mitglieder 40 Pf.

Anton Rörig, geb. am 4. Dezember 1869 in Kleinlinden, Buchnummer 21 378, wurde auf Antrag der Verwaltungsstelle Köln wegen Verstoß gegen die Verbandsinteressen aus dem Verband ausgeschlossen. Der Vorstand.

**Adressenänderungen.**

Köln. B. Karl Richter, Köln-Chrenfeld, Bibigstraße 151.

**Sterbetafel.**

Als Opfer des Krieges sind gefallen unsere Mitglieder

- Willi Jacobi, Berlin, 36 Jahre alt,
- Johannes Weder, Berlin, 34 Jahre alt,
- Paul Pränig, Offenbach a. M., 34 Jahre alt,
- Karl Weber, Offenbach a. M., 21 Jahre alt,
- Wilhelm Stidel, Offenbach a. M., 24 Jahre alt.

**Bamberg.** Infolge der Lungen- und Darmtuberkulose verstarb im Alter von 35 Jahren unser Vorsitzender, Kollege

**Johann Hirsch.**

Der Vertorbene war ein fleißiger Agitator für unsern Verband und hat sein Tod eine jetzt schwer auszufüllende Lücke in unsern Reihen geschaffen.

**Berlin.** Am 28. April verstarb unser Mitglied Arnold Kofahl, 53 Jahre alt. — Am 4. Mai verstarb unser Mitglied, der Geschirrfattler **Verhard Hagewald**, 30 Jahre alt. — Ferner verstarb unser Mitglied, der Portefeuller **Hudolf Weyer**, im Alter von 55 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Wir suchen

**Sattelschmager u. Stellkumbauer**

Auch Kriegsbeschädigte wollen sich melden.

**C. Leschen & Co.,**

**Fabrik für Militär-Lederausstattung, Köln-Nippes, Geldernstr. 46.**

**Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe zu Berlin.**

**Einladung**

zu der am **Dienstag, den 22. Mai 1917, abends 8 Uhr**, im „Gewerkschaftshaus“, Engelfufer 15, Saal 3, stattfindenden

**ordentlichen Ausschusssitzung**

**Tagesordnung:**

1. Protokollverlesung. — 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1916. — 3. Antrag auf Erhöhung des Voranschlags für 1917. — 4. Veschlußfassung über Vereinbarungen betr. Durchführung der §§ 219, 220 und 222 der R.V.D. — 5. Verschiedenes.

Pünktliches Erscheinen erwartet  
**Der Vorstand.**

- H. m. Mauda, Vorsitzender.
- Fr. Reese, Schriftführer.

**Leder-Zuschneidemaschine**

(Schnittlänge mindestens 120)

sofort zu kaufen gesucht. Offerten an **F. & A. Diringler, München, Herrnstr. 23.**

**Mehrere Sattler**

finden dauernde Arbeit bei  
**L. Estelmann,**  
**Fabrik für Lederausstattungen,**  
**Strasbourg i. El., Tränkgaße 9.**

**Verwaltungsstelle Berlin.**

Sonntag, den 20. Mai, in der „Urania“, Taubensstraße 48/49:

**Zwei Sondervorstellungen.**

**Der Balkanzug und die befreite Donau.**

Eröffnung 1 Uhr, Anfang der Vorstellung 2 Uhr (blaue Karten).

Eröffnung 4 Uhr, Anfang der Vorstellung 5 Uhr (rote Karten).

Der Eintrittspreis beträgt pro Person (einschließlich Garderobe) 60 Pf.

Willetts sind auf dem Bureau sowie bei den Werkstatteinvertrauensleuten zu haben.

Willetts, welche bis zum 16. Mai nicht zurückgegeben sind, gelten als verkauft.

Das Komitee.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität  
**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**  
Gegründet 1880.  
Preislisten S. P. gratis und franko.

**Fort mit der alten Sattlerahle!**  
**Fort mit den zersprungenen Heften!**  
**Fort mit Aerger und Zeitverlust!**

Lassen Sie sich eine Probe-Ahle für 1,40 Mk. schicken von  
**Karl Schiller, Stuttgart,**  
Luisenplatz 6 III, Dillheim.